



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

142. Ratssitzung vom 21. Mai 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/446 und 2024/460

4620. 2024/446

**Postulat der FDP-, Grüne-, SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 18.09.2024:
Massnahmen zur Verhinderung von antisemitischen oder gewaltverherrlichenden
Veranstaltungen in städtischen und städtisch subventionierten Kulturbetrieben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/446 und 2024/460

Michael Schmid (FDP) begründet das Postulat GR Nr. 2024/446 (vergleiche Beschluss-Nr. 3708/2024): Mit dem überparteilich abgestützten Postulat wollen wir Grenzen in Bezug auf die Aktivitäten in städtischen und städtisch subventionierten Kulturbetrieben aufzeigen und durchsetzen. Auslöser des Vorstosses waren Vorgänge in der Roten Fabrik im Herbst 2024. Damals wurde einer Person eine Plattform geboten, die den Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 verherrlicht und rechtfertigt. Auf dem Gelände der Roten Fabrik wurden T-Shirts mit offensichtlich hetzerischen Botschaften verkauft – wie «From the River to the Sea» oder einem anderen Spruch, der vielleicht noch gravierender ist, weil er einen unmissverständlichen Anklang an die Endlösung der Nationalsozialisten hat. Das geht nicht. Das können wir als Gemeinderat nicht akzeptieren. Am Anfang und am Ende steht die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung einer Institution wie der Roten Fabrik. Das Postulat soll deshalb primär diese Verantwortung in Erinnerung rufen. Da sind wir auch in unseren Netzwerken gefordert, die in die städtisch unterstützten Institutionen reichen. Wenn es trotzdem zu Vorfällen kommt, ist es an den städtischen Verantwortlichen zu handeln. Zu unserem Vorstoss ist eine Textänderung angekündigt. Mit dieser sind wir einverstanden. Mit der Textänderung wird noch deutlicher auf antisemitische Vorfälle fokussiert. Ich kann ankündigen, dass wir das Postulat GR Nr. 2024/460 ebenfalls unterstützen. Wenn man die beiden Vorstösse als Ganzes betrachtet, haben wir einen Vorstoss, der spezifisch antisemitische Hetze behandelt und einen zweiten, der generell gegen unakzeptable Hetze und Gewaltaufrufe vorgeht.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 2. Oktober 2024 gestellten Textänderungsantrag zu Postulat GR Nr. 2024/446: Ich blicke in die Zukunft und äussere mich nicht zu den konkreten Vorfällen. Die GLP verschliesst nicht die Augen davor, dass sich die Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden seit dem



7. Oktober 2023 markant verschärft hat. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) rief uns vor ein paar Tagen die weiterhin hohe Anzahl antisemitischer Vorfälle ins Bewusstsein. Die Zunahme antisemitischer Übergriffe ist nicht tolerierbar. Deshalb ist es keine Frage, dass wir bei uns keine Plattform für Hasspropaganda und Aufruf zu Gewalt bieten wollen. Wir haben Verständnis dafür, dass der Gemeinderat ein Zeichen setzen will, nachdem zwei politisch gefärbte Veranstaltungen in städtisch subventionierten Häusern in die Kritik geraten waren. Eine Mehrheit der Fraktionen fand sich in einem kulturpolitischen Vorstoss zusammen, der fordert, dass man Massnahmen gegen subventionierte Kulturbetriebe einleitet, wenn dort antisemitische oder gewaltverherrlichende Veranstaltungen stattfinden oder solche Personen auftreten. Es wird nicht spezifiziert, ob es für ein politisches Format wie Podiumsdiskussionen oder sämtliche künstlerische Inhalte gelten soll, die in subventionierten Kulturbetrieben anzutreffen sind. Der erste Abschnitt im Begründungstext legt die Vermutung nahe, dass es auch um das Kunstschaffen ganz generell geht. Gerade weil der Gemeinderat allen subventionierten Kulturbetrieben ankündigt, dass in Zukunft Massnahmen eingeleitet werden, wenn sie sich nicht an die Vorgaben halten, müssen die Sanktionskriterien eindeutig definiert werden. Während die zwei Kriterien Antisemitismus und Gewaltverherrlichung auf gewisse Veranstaltungen einfach anzuwenden sind, scheint es uns beim zweiten Kriterium extrem schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Stellen Sie sich zum Beispiel ein Theaterstück über Gewalt an Frauen in einem Kriegsgebiet vor. Weil Kunst erst Kunst ist, wenn eine Darbietung oder ein Kunstwerk Interpretationsspielraum öffnet, kann es sein, dass jemand im Publikum findet, das Stück zeige Kritik an der Gewalt, während eine andere Person findet, es verherrliche Gewalt. Vor diesem Hintergrund frage ich mich, wie die Kulturabteilung das kontrollieren und wann sie eingreifen soll. Muss sie ab jetzt sämtliche Kunst zuerst gutheissen, bevor sie dem Publikum zugemutet wird? Zudem wird der Begriff Antisemitismus zusehends verwässert. Wenn jüdische Regisseure oder Autoren, die sich zur Not in Gaza äussern oder die aktuelle israelische Regierung kritisch hinterfragen, voreilig als Antisemiten bezeichnet werden oder politische Lager den Begriff für ganz andere Zwecke instrumentalisieren, macht es die Diskussion nicht einfacher. Dazu kommt, dass im Ausland und teilweise auch in der Schweiz Tendenzen erkennbar sind, dass die Politik versucht, inhaltliche Vorgaben zum kulturellen Schaffen zu machen. Dass die Kunstfreiheit in der Bundesverfassung verankert ist, geht dabei gerne vergessen. Die GLP vertraut darauf, dass eine demokratische, freie und diskriminierungskritische Gesellschaft stark genug ist, um die Kunst so lassen zu können wie sie ist und immer schon war: störend, widerständig und leider manchmal hart an der Grenze des guten Geschmacks. Man kann und soll sich über Kunst streiten können. Genau weil man das kann, haben Kunst- und Kulturinstitutionen das Potenzial, eine Plattform für schwierige gesellschaftliche Debatten zu bieten, die über platte schwarz-weiss Darstellungen hinausgehen und im Idealfall Begegnungsräume und Dialogoffenheit ermöglichen. Persönlich wünsche ich mir für den Nahostkonflikt, dass ein gewaltfreier Dialog möglich wäre, der jene Stimmen unterstützt, die das Leiden und die grausamen Realitäten auf beiden Seiten anerkennen und gemeinsam dafür einstehen, dass der Krieg endlich aufhört. Solche Ansätze für einen offenen Dialog, der selbstkritisch und von gegenseitiger Akzeptanz geprägt ist, sind nur in einer freien Gesellschaft möglich. Eine freie Gesellschaft wird nicht besser, wenn



man den Kulturinstitutionen verbietet, sich mit komplexen Krisensituationen und Gesellschaftsfragen zu beschäftigen. Oder um Eva Menasse zu zitieren: «Es hilft der offenen Gesellschaft nicht, wenn wir sie abschaffen.» All das bedeutet nicht, dass wir den einzelnen Kulturinstitutionen unbegrenzte Freiheitsräume geben und wegen der Kunstfreiheit absolut alles tolerieren wollen. Wir schlagen eine Textänderung vor, die eine klare rote Linie zieht, wo zu Hetze und Gewalt aufgerufen wird, indem wir «oder gewaltverherrlichende» streichen. Neu soll es heissen: «(...), dass in städtischen und städtisch subventionierten Kulturbetrieben antisemitische, gegen Jüdinnen und Juden hetzende oder zu Gewalt gegen sie aufrufende Veranstaltungen oder Personen keine Plattform erhalten.»

Dr. Tamara Bosshardt (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2024/460 (vergleiche Beschluss-Nr. 3753/2024): Zürich ist vielfältig. Unsere Stadtregierung setzt sich für eine diskriminierungsfreie und inklusive Stadt ein. Trotzdem kam es in Institutionen, die von der Stadt Zürich finanziell unterstützt werden, zu antisemitischen, rassistischen, sexistischen, trans- und homofeindlichen Äusserungen und Handlungen. Das muss aufhören. Im Gemeinderat kommt es nicht oft vor, aber in dieser Sache sind wir uns zum Glück einig. Von rechts bis links wollen wir verhindern, dass antisemitische Veranstaltungen oder Personen in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben eine Plattform erhalten. Wie oft gibt es auch bei einem gemeinsamen Ziel ganz unterschiedliche Vorstellungen, wie dieses am besten erreicht wird. Im Spannungsfeld zwischen Cancel-Culture und Kunstfreiheit, zwischen Meinungsfreiheit und Diskriminierung gibt es nicht immer einfache Antworten, weil beides wichtig ist: Die Garantie grundlegender Freiheiten und die Garantie auf ein Leben in Schutz und Sicherheit. «Erlaubt ist, was nicht stört», «das Thema ist zu komplex» oder «die Schweiz ist neutral» helfen uns nicht weiter. Neutralität heisst nicht einfach zuzuschauen, wie sich Stärkere gegenüber Minderheiten und Schwächeren durchsetzen oder wie antisemitische und rassistische Übergriffe zunehmen. Unparteiisch zu sein, bedeutet nicht, unbeteiligt zu sein, sondern auf der Seite der Spielregeln zu stehen. Wir möchten keine Zensur, aber wir möchten auch kein Laisser-faire in städtischen oder städtisch subventionierten Betrieben. Wir möchten, dass die Spielregeln, auf die wir uns als Gesellschaft geeinigt haben, eingehalten werden. Spielregeln müssen klar formuliert sein. Das ist der erste Grund, weshalb es von linker Seite ein zweites Postulat gibt. Im Postulat der FDP, Grünen, SVP und Die Mitte/EVP ist von antisemitischen oder gewaltverherrlichenden Veranstaltungen oder Personen die Rede. Der Begriff gewaltverherrlichend ist ein bisschen schwammig. Wrestling-Shows, die vor Publikum Kämpfe inszenieren und austragen, können als gewaltverherrlichend eingestuft werden. Der Begriff gewaltverherrlichend ist ungenau und könnte zu einer unnötigen Zensur im Kulturbetrieb führen. Wenn zu Gewalt aufgerufen oder gegen Menschen gehetzt wird, ist aber eindeutig eine Grenze überschritten. Deshalb haben wir das im Postulat GR Nr. 2024/460 klarer formuliert. Auch die Textänderung der GLP zum vorherigen Postulat streicht diesen Begriff und definiert dafür den Begriff Antisemitismus genauer. Das unterstützen wir. Wir haben ein zweites Postulat formuliert, weil Antisemitismus selten alleine kommt. Er ist Teil menschenverachtender und rechtsextremer Positionen, die europaweit und global stärker werden. Darin werden Antisemitismus, Rassismus, queer- und demokratiefeindliche Einstellungen vermischt und die einzelnen Aspekte verstärken sich gegenseitig. Wir



möchten, dass nicht nur antisemitische, sondern auch rassistische, zu Gewalt aufrufende, gegen Menschen hetzende und demokratiefeindliche Veranstaltungen und Personen keine Plattform in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben bekommen. Nicht, weil die Bekämpfung von Antisemitismus allein nicht wichtig genug wäre, sondern weil man mit einer umfassenderen Betrachtung des Problems den Antisemitismus noch effektiver bekämpfen kann. Nicht nur in Kulturbetrieben sind Antisemitismus und Hetze fehl am Platz. Gerade heute wurde bekannt, dass die rechtsextremistische Gruppierung Junge Tat in Lenk auf einem öffentlichen Schulareal Kampfttrainings durchführte. Das darf nicht passieren. Damit bei der Entwicklung geeigneter Massnahmen durch diese Postulate auch Schulen, öffentlich zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten oder Sportveranstaltungen mitgedacht werden, haben wir uns für die Formulierung «städtische oder städtisch subventionierte Betriebe» anstatt Kulturbetriebe entschieden.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2024 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2024/460: Es erstaunt mich, dass ausgerechnet jene Partei den Grund für Antisemitismus bei uns sucht, die – nachdem die FDP den Vorstoss lanciert hatte – in den Medien angeschwärzt wurde, ein Problem mit Antisemitismus zu haben. Den ersten Vorstoss braucht es leider, weil die rot-grüne Mehrheit ein Problem mit Antisemitismus in den eigenen Reihen hat. Stellen Sie sich vor, auf diesen T-Shirts, die in der Roten Fabrik verteilt wurden, hätte anstatt «Globalize the Intifada» «Globalize White Supremacy» gestanden. Hätten Sie dann auch auf die Meinungsäusserungsfreiheit verwiesen, STP Corine Mauch? Hätten Sie im Rat auch nichts gesagt? Stellen Sie sich vor, im Theater Neumarkt hätte man einer SchauspielerIn zugesichert, dass sie nicht mit einem Schwarzen auf der Bühne stehen müsse. Hätten Sie dann auch gesagt, es sei kompliziert und mühsam? Stellen Sie sich vor, in der Zentralwäscherei wären Redner aufgetreten, die propagierten, dass das kurdische Volk keine Existenzberechtigung habe oder man das Land Syrien von der einen Grenze bis zum Meer dem Erdboden gleich machen müsste. Wären Sie dann auch ruhig geblieben? Nein. Sie wären zurecht auf die Barrikaden gegangen und hätten harte Konsequenzen gefordert. Aber wenn es um Juden geht, bleiben Sie still. Keine Demos, kein Vorstoss und keine Erklärungen im Rat nach all diesen Vorfällen. Dass sie anders reagieren, wenn es um Juden und nicht um Kurden, Schwarze, Araber oder Muslime geht, zeigt mir, dass Sie in Ihren Reihen ein Antisemitismusproblem haben. Was mich richtig wütend macht, ist die ätzende Heuchelei, die Sie im Gemeinderat an den Tag legen. Ohne Wenn und Aber stünden wir hinter der jüdischen Bevölkerung, sagt die Stadtpräsidentin. Sie sagen, Sie seien für die jüdische Bevölkerung und man müsse sie schützen. Die AL wollte sogar eine hundert Jahre alte Brücke umbenennen, weil sie so pro jüdische Bevölkerung ist. Aber wenn es um das Hier und Jetzt geht und es hart auf hart kommt, sind Sie jedes Mal still. Deshalb kaufen wir Ihnen den heuchlerischen zweiten Vorstoss, den Sie ein paar Wochen später einreichten, nicht ab. Sie sind mitschuldig, dass es in der Zentralwäscherei immer wieder solche Veranstaltungen gibt, weil Sie nicht reagieren. Überlegen Sie sich einmal, wie Sie reagieren würden, wenn Sie das Wort Jude oder Israel durch eine andere Rasse oder ein anderes Land ersetzen würden.



Weitere Wortmeldungen:

Jürg Rauser (Grüne): Die Grünen haben das erste Postulat intern diskutiert, in wesentlichen Teilen angepasst und folglich mitunterzeichnet. Wir begrüssen die Textänderung der GLP ausdrücklich. Das zweite Postulat haben wir ebenfalls mitunterzeichnet. Wir hoffen, dass auch dieses eine breite Unterstützung findet. Den Grünen ist wichtig, dass es ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus gibt. Es geht uns nicht um kleinliche Definitionen, was genau Antisemitismus ist. Uns ist es wichtig, dass man versucht, die Perspektive der Betroffenen einzunehmen und sich zu überlegen, wie gewisse Botschaften bei den Jüdinnen und Juden ankommen. Das war die Absicht dieses Postulats. Es ist unbestritten, dass Kritik an Israel möglich ist und möglich sein muss. So wie das auch bei anderen Staaten und Regierungen jederzeit möglich sein muss. Die aktuellen propalästinsischen Proteste sind absolut berechtigt, wichtig und nötig. Aber bei diesen Postulaten geht es nicht um diese Proteste oder darum, berechtigte Kritik zu unterbinden. Institutionen sollen nicht zensuriert oder kontrolliert werden. Uns geht es darum, dass Kritik am Staat Israel sachlich geäussert wird und Jüdinnen und Juden nicht angegriffen werden. Diese Grenze wurde in der Vergangenheit leider oft und wird aktuell immer wieder verletzt. Gegen diese Grenzverletzungen wehren wir uns mit dem Postulat.

Ronny Siev (GLP): Die Rote Fabrik toleriert den Aufruf zur Ermordung aller Jüdinnen und Juden. Bei keiner anderen Minderheit würde man so etwas tolerieren. Auf dem Gelände der Roten Fabrik wurden T-Shirts gedruckt, auf denen übersetzt stand: «Es gibt nur eine Lösung, die Intifada-Revolution.» Die Intifada ist der tödliche Terror gegen Juden: Das heisst mit dem Auto in Menschenmengen fahren, Messerattacken oder Bomben in der Disco. Der Begriff Revolution verstärkt das Ganze noch und mit «nur eine Lösung» wird klar auf die Endlösung Hitlers angespielt. Das geschah in einem subventionierten Kulturraum in Wollishofen, einem Quartier, in dem sehr viele jüdische Menschen wohnen. Deshalb passt der Name Braune Fabrik besser. Aufrufe zur Auslöschung des jüdischen Volks gab es schon viele. Zum Beispiel im Jahr 1349, als das schlimmste Verbrechen der Stadt Zürich geschah und alle Juden ermordet wurden. Oder in den 1930er-Jahren, als die Aufrufe in der Schoah endeten. Seit dem 7. Oktober 2023 ist dieser Aufruf wieder aktuell und offenbar populär. Könnt ihr euch vorstellen, wie nervös die jüdische Gemeinschaft ist? Der Judenhass ist auch an anderen Orten präsent. An den Demos wird teilweise zu «Globalize the Intifada» aufgerufen. Es gibt – auch in meinem Quartier – viele Graffitis und Schmierereien mit Sätzen wie «Tod dem Zionismus» oder «Tötet die Zionisten». Auch in der Zentralwäscherei sahen wir hetzende Slogans. Ich musste selber spüren, wie es ist, wenn man sich dort nicht willkommen fühlt. Viele Zürcher Juden machen verständlicherweise einen grossen Bogen um die Rote Fabrik und die Zentralwäscherei. Man nennt das Vermeidungsstrategie. Sie haben Angst, angegriffen zu werden oder Hetze gegen sie selbst, ihre Religion oder ihr Volk erleben zu müssen. Das passiert in von der Stadt geförderten Institutionen. Ihr besucht Orte wie die Rote Fabrik oder die Zentralwäscherei zum Vergnügen – und ihr wisst, dass sich andere Leute dort nicht heimisch fühlen und aus Angst nicht dorthin gehen. Sind das Diversität und Inklusion? Gehören nicht alle dazu? Unsere Stadtpräsidentin sagte im Jahr 2023 bei einem Gedenkan-



lass zu den Novemberpogromen in der Synagoge: «Liebe Jüdinnen und Juden, Sie haben das Recht, sich überall und nicht nur in Israel als jüdischer Mensch sicher zu fühlen. Die Behörden und die Zivilgesellschaft haben die Pflicht, dieses Recht zu schützen – auch hier in Zürich.» Ich appelliere an eure Verantwortung für alle Menschen in der Stadt, dass ihr diesen Worten Taten folgen lässt. Die Jüdinnen und Juden sollen endlich wieder überall in Zürich unbeschwert verkehren können. Hört auf, mit unseren Steuergeldern antisemitische Kulturinstitutionen zu fördern. Nie wieder ist jetzt.

Samuel Balsiger (SVP): Es gab antisemitische Vorfälle in der Zentralwäscherei, im Theater Neumarkt und in der Roten Fabrik. Es muss also eine Kultur oder ein gemeinsamer Nenner vorhanden sein, der Antisemitismus trägt und nicht kritisiert. In der Zentralwäscherei trat eine Gruppe auf, die den Hamas-Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 mit über 1000 Toten und 200 Geiseln als Sieg des Widerstands feierte. Eine solche Person wurde nach Zürich eingeladen und fühlte sich im linken Kulturkreis aufgenommen und wohl. Wenn es nur ein solches Beispiel gäbe, könnte man von einer Ausnahme sprechen. Aber es zieht sich wie ein roter Faden durch die linken Kulturinstitutionen. Das zeigt, dass der Antisemitismus dort nicht auf Widerstand, sondern auf Wohlwollen trifft. Stefan Urech (SVP) hat das sinnbildlich aufgezeigt. Es ist entlarvend, dass Sie beim Vorstoss der FDP, der von fast allen mitgetragen wurde, nicht mitmachen wollten. Danach gab es sehr vernichtende Berichte – vor allem in der NZZ. Nachdem Sie durch die negative Berichterstattung blossgestellt wurden, bemerkten Sie ihren Fehler und schoben einen eigenen Vorstoss nach. Dieser umfasst auch Trans- oder Homofeindlichkeit. Aber in wie vielen Stadtzürcher Kulturbetrieben gibt es Transfeindlichkeit? Das gibt es gar nicht.

Sophie Blaser (AL): Der Umgang mit Diskriminierung und struktureller Benachteiligung verlangt einer demokratischen Gesellschaft tagtäglich viel ab. Es ist wichtig und richtig, über Grenzen und Grenzverschiebungen zu sprechen. Aber es ist auch wichtig, fakten- gestützt über unschöne gesellschaftliche Phänomene zu reden. Deshalb erachten wir es als grundlegend, in der Verwaltung dauerhaft Ansprechpersonen und Expert*innen für Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierungen zu haben – sowohl für die Verwaltung als auch für Institutionen und die Zürcher Bevölkerung. Wir forderten im Jahr 2023 daher eine substanzielle Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung, was von rechter Seite abgelehnt wurde. Im Gemeinderat sind wir nicht davor geschützt, uns wöchentlich rassistische und diskriminierende Aussagen anzuhören. Es täte uns und der Gesellschaft gut, uns ernsthaft und substanziell mit willentlich verursachten Verletzungen auseinanderzusetzen. Jeder Versuch, unsere Stadt und Gesellschaft diskriminierungssensibel zu gestalten, ist zu unterstützen. Aufpassen müssen wir aber tatsächlich bei der Kunstfreiheit. Wir sind deshalb um die präzise Textänderung der GLP froh. Der Begriff «gewaltverherrlichend» ist zu unklar, um uns in dieser herausfordernden Situation Klarheit zu verschaffen. Wenn es um Diskriminierung geht, soll sie klar benannt werden. Sei es Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Sexismus, Ableismus, Altersdiskriminierung oder Transfeindlichkeit. Deshalb fordern wir mit unserem Postulat Massnahmen in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben. Unsere Erwartungen gehen über die Kulturbetriebe hinaus und richten sich auch an die Verwaltung. Es liegt an uns allen – an der Gesellschaft und den Institutionen – uns gegen Diskriminierung einzusetzen. Wir stimmen auch dem Postulat GR Nr. 2024/446 mit der Textänderung der GLP zu.



Johann Widmer (SVP): Die Stiefel marschieren wieder. Es fehlen euch einfach noch die braunen Hemden. Schwarz gekleidet seid ihr ja schon. Es geht absolut nicht, dass man Sprüche wie «Tod dem Zionismus» und «Globalize the Intifada» an unsere Hauswände sprayt. Wir sind wieder beim Judensterne und den Schmierereien der Nationalsozialisten in den 30er- und 40er-Jahren angelangt, wo auf Schaufenster jüdischer Mitbürger ebenfalls schlimme Sachen geschmiert wurden. Das ist meine unweigerliche Assoziation, wenn ich im Jahr 2025 solche Schmierereien an unseren Hauswänden sehe. Die beiden Sprüche kann man übrigens an der Gelateria di Berna am Röschiachplatz in Wipkingen lesen. Es ist kein Zufall, dass in den linken Kulturstätten der städtischen Antifa auch antisemitische Vorfälle zu beklagen sind. Wenn man den sozialistischen und antisemitischen Bestrebungen nicht mit Nachdruck begegnet, ist unsere freie Gesellschaft infrage gestellt und eine grosse Zahl von Mitbürgern an Leib und Leben gefährdet. Für diese Entwicklung sind die Linken verantwortlich. Auch eure Asyl- und Zuwanderungspolitik befördert solche Tendenzen, weil viele schwerintegrierbare Elemente mit anderen Ansichten zu diesem Thema zugewandert sind. Schon wieder die Zuwanderung. Schon wieder der Sozialismus. Ihr müsst es nicht akademisch umdeuten und von «Anti-Irgendetwas» schwafeln. Bei einem so krassen Thema ist das eine Verharmlosung und ihr macht euch mit-schuldig. Zieht eure Stiefel ab und kauft bequemere Schuhe.

Roger Föhn (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP findet, dass in städtisch finanzierten Häusern keine antisemitische, rassistische, ethische, kulturelle oder religiöse Diskriminierung stattfinden darf. Kontrollmechanismen sind zwingend nötig. Sich hinterher von diesen Veranstaltungen zu distanzieren, ist scheinheilig. Man kann sich in der heutigen Zeit problemlos im Vorfeld einer Veranstaltung über die Organisationen oder Redner informieren. Pontius Pilatus sagte auch, er wasche seine Hände in Unschuld, als er Jesus dem Tod auslieferte. Wir stimmen beiden Postulaten inklusive der Textänderung zu.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Ich finde es bedauerlich, dass wir in einer Moraldabatte gelandet sind und dabei völlig ausklammern, dass es sich um reelle Befindlichkeiten von Diskriminierungen handelt. Die GLP unterstützt das Postulat, weil wir uns für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzen. Das nachgereichte Postulat geht weiter und argumentiert, dass Diskriminierung nicht nur in Kulturbetrieben stattfindet. Aber wir setzen uns auch für eine lebendige Kulturlandschaft ein, in der die Kunst die Möglichkeit bekommt, offene und respektvolle Dialogräume zu schaffen. Persönlich möchte ich festhalten, dass ich es schade finde, dass gesagt wird, das Theater Neumarkt sei antisemitisch. Sie konnten es den Medien entnehmen: Die Staatsanwaltschaft hat im Oktober 2024 keine antisemitische Diskriminierung erkannt und die Klage abgelehnt. Zu sagen, der Antisemitismus finde nur in Kulturinstitutionen statt, finde ich zu kurz gegriffen.

Michael Schmid (FDP): Abgesehen von den Ausführungen zum Theater Neumarkt bin ich Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) für ihr zweites Votum dankbar. Sie legte dar, warum es einer grossen Mehrheit in diesem Rat geht. Es geht darum, dass Entgleisungen nicht toleriert werden. Die Textänderung der GLP unterstreicht und präzisiert das. Zu verschiedenen Voten auf beiden Ratsseiten möchte ich sagen, dass ich diese teilweise als



unangemessen wahrgenommen habe – vor allem in ihrer Pauschalisierung. Umso positiver ist es, dass beide Vorstösse eine breite Mehrheit finden.

Moritz Bögli (AL): *Ich muss mich Michael Schmid (FDP) anschliessen. Es war eine sehr enttäuschende Debatte. Eine ernsthafte Diskussion über Antisemitismus in unserer Gesellschaft wäre wichtig, aber die Debatte war das grösstenteils nicht. Wir mussten uns wiederholt Pauschalvorwürfe der SVP anhören. Ich finde es immer toll, wenn eine Partei, die mit Neonazis kuschelt und Konzentrationslager für Geflüchtete fordert, uns Antisemitismus vorwirft. Die konstante Vermischung zwischen Antisemitismus und Antizionismus finde ich auch enttäuschend. Ich verweise gerne auf die Statements von Jehuda Spielman (FDP) im Tages-Anzeiger. Kritik an der Regierung Israels ist nicht per se antisemitisch und bei den momentanen Vorkommnissen mehr als angebracht. Es ist wichtig, dass wir Antisemitismus – wie auch andere Diskriminierungsformen – ernst nehmen und aktiv bekämpfen. Ich hoffe, dass die Verwaltung sinnvollere Diskussionen als wir führen wird.*

Stefan Urech (SVP): *Wenn man in die Ecke gedrängt wird, beklagt man sich über die Art und Weise, wie man kritisiert wird. Aber zu den Vorwürfen nimmt man keine Stellung. Sie versuchten sogar, die antisemitischen Vorfälle im rot-grün dominierten Zürich und im linken Kulturkuchen auf die SVP und Verbindungen zur Jungen Tat abzuwälzen. Sie sind «in charge», nicht wir. Wir haben mit der Roten Fabrik, der Zentralwäscherei und dem Theater Neumarkt nichts am Hut. Im Gegenteil: Wir waren schon immer gegen die riesigen Subventionen. Ich vergass in meinem ersten Votum etwas: Wir lehnen das zweite Postulat auch ab, weil Sie es fast nicht schaffen, Antisemitismus alleine zu nennen. Sie müssen immer noch eine Kaskade anderer Dinge hinzufügen. In der Woche nach der Messerattacke – einem Terroranschlag in der Stadt Zürich auf zwei orthodoxe Juden – kritisierte die Stadtpräsidentin den Antisemitismus klar – und im gleichen Atemzug auch die Islamophobie. Ihr Pendant im Kanton Zürich, Jacqueline Fehr, kritisierte den Antisemitismus, Sexismus und so weiter. Was hat der Anschlag auf zwei orthodoxe Juden mit Islamophobie zu tun? Nichts. Es gab keine islamophoben Angriffe in dieser Stadt und es gibt keine Sprayereien oder anderen Vorfälle. Im umgekehrten Fall tun sie das übrigens nie. Sie sprechen nie von Homophobie und Antisemitismus oder Sexismus und Antisemitismus. Noch eine Nachricht an Ihre Kulturinstitutionen: Im Kulturleitbild heisst es, Kultur müsse den Zeitgeist hinterfragen und kritisch spiegeln. Mutig wäre es, ein Stück aufzuführen oder einen Redner einzuladen, der eine andere Sichtweise zeigt.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich möchte mich nicht zu den Postulaten äussern. Es wurden gravierende Vorwürfe geäussert, daher möchte ich im Namen der AL-Fraktion einige Dinge klarstellen. Antisemitismus ist überall. Immer. Es gab bisher keine Kultur, die nicht antisemitisch war. Das gilt für die Schweiz des 21. Jahrhunderts und die Schweiz davor. Entsprechend ist Antisemitismus auch bei den Linken vorhanden. Bei der AL hat das nie jemand bestritten. Wenn ich an Demos gehe, sehe ich manchmal Sprüche, die ich nicht gut finde oder verbieten würde, wenn ich könnte. Aber es ist auch Teil unseres liberalen Staats, dass ich mit Meinungen umgehen können muss, die mir nicht gefallen oder meinem Wesen widersprechen. Folglich hat meine Organisation nach dem 7. Okto-*



ber 2023 Veranstaltungen mit jüdischen und muslimischen Stimmen organisiert. Selbstverständlich ist Antisemitismus auch auf der rechten Seite vorhanden. Man muss nicht lange suchen, um herauszufinden, welche Partei am meisten wegen Antisemitismus verurteilt wurde. Die erste Fraktion, die in diesem Rat beantragte, den jüdischen Organisationen Geld für ihre Sicherheit zu geben, war übrigens die AL und es war die SVP, die es ablehnte. Wenn Stefan Urech (SVP) sagt, wir seien «in charge», zeigt er seine Gesinnung. Ich bin nicht «in charge» der Roten Fabrik und die Stadtpräsidentin auch nicht. Aber Sie verstehen politische Macht so, dass einem alle gehorchen müssen, nur weil man in der Exekutive ist. So funktioniert unsere Stadt nicht.

Michael Schmid (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch geeignete Massnahmen sichergestellt werden kann, dass in städtischen und städtisch subventionierten Kulturbetrieben antisemitische oder gewaltverherrlichende gegen Jüdinnen und Juden hetzende oder zu Gewalt gegen sie aufrufende Veranstaltungen oder Personen keine Plattform erhalten. Sollten sich dennoch solche Vorfälle ereignen, sind entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Das geänderte Postulat wird mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4621. 2024/460

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 25.09.2024:

Massnahmen zur Verhinderung von antisemitischen, rassistischen, zu Gewalt aufrufenden, gegen Menschen hetzenden und demokratiefeindlichen Veranstaltungen in städtischen und städtisch subventionierten Betrieben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/446, Beschluss-Nr. 4620/2025

Dr. Tamara Bosshardt (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3753/2024).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



10 / 10

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat